

1008

**Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg bei Reichenbach“ im Kreis Bergstraße vom 12. 7. 1972**

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1970 (GVBl. I S. 598), sowie des § 6 Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 9 Abs. 1 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. November 1971 (GVBl. I S. 258), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt — oberste Naturschutzbehörde — Wiesbaden verordnet:

## § 1

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Naturschutzbuch des Landes Hessen eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

## § 2

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von 168,0475 ha und umfaßt folgende Grundstücke:

## a) Gemarkung Beedenkirchen:

Flur 4 I Nrn. 1, 2, 3, 4, 5/1, 5/2, 6/1, 6/2;

## b) Gemarkung Reichenbach:

Flur 12, Nrn. 1/1, 2, 3;

Flur 13 I, Nrn. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10/1, 11/3, 15 und 16;

Flur 16, Nr. 1/1.

(2) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der als Bestandteil zu dieser Verordnung gehörenden topographischen Karte im Maßstab 1 : 10 000 rot eingetragen.

(3) Die in Absatz 2 genannte Karte und die Naturschutzgebietsverordnung sind bei dem Regierungspräsident in Darmstadt — höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich bei dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt — oberste Naturschutzbehörde, der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden, bei dem Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege und bei dem Kreisarschub des Kreises Bergstraße — untere Naturschutzbehörde — Heppenheim a. d. B.

(4) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

## § 3

(1) Es ist verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes).

(2) Insbesondere ist verboten:

1. Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen;
2. Flächen in eine andere Nutzungs- oder Kulturart umzuwandeln;
3. Bodenbestandteile abzubauen oder zu entnehmen, oder Aufschüttungen, Grabungen, Bohrungen oder Sprengungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;
4. Abfälle, Müll und Schutt aller Art abzulagern bzw. wegzuerwerfen, oder die Landschaft auf sonstige Weise zu unreinigen und Autowracks abzustellen;
5. Bild- oder Schrifttafeln (z. B. Reklameschilder) sowie Plakate anzubringen, soweit sie nicht dem Verkehr auf den öffentlichen Straßen und Wegen oder dem Wandern dienen oder auf den Schutz des Gebietes hinweisen;
6. Baumaßnahmen vorzunehmen, auch wenn sie keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Bauanzeige bedürfen, sowie Freileitungen, Seilbahnen, Schienen- und Versorgungsanlagen aller Art zu errichten.

## § 4

In dem Naturschutzgebiet sind auch folgende — dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes zuwiderlaufende — Handlungen verboten:

1. Freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten, Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brutstätten und Bauten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
2. Tiere und Pflanzen einzubringen;
3. außerhalb der für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr zugelassenen Wege und Plätze mit Kraftfahrzeugen aller Art zu fahren und Kraftfahrzeuge zu parken, mit Ausnahme des land- und forstwirtschaftlichen Verkehrs;
4. an anderen als den dafür vorgesehenen Plätzen Zelte und Wohnwagen aufzustellen oder im Freien Feuer anzuzünden;
5. Hunde unangeleint laufen zu lassen;
6. Kraftfahrzeuge zu waschen und zu pflegen;

## § 5

Die Waldflächen sind nach folgenden Grundsätzen zu bewirtschaften:

Der Aufbau des Waldes ist unter starker Begünstigung der bodenständigen Laubwaldgesellschaften vorzunehmen. Das Verhältnis von Laubholz zu Nadelholz darf — soweit es die standörtlichen Verhältnisse zulassen — nur zugunsten des Laubholzes verändert werden.

## § 6

(1) Werden entgegen den Vorschriften dieser Verordnung bzw. entgegen erteilten Ausnahmegenehmigungen Veränderungen (§ 3) oder Handlungen (§ 4) vorgenommen, so kann der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt auf Kosten der Verantwortlichen die teilweise oder völlige Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangen.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen im Sinne von § 3 oder § 4 sind auf Anordnung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt zu beseitigen oder zu mildern, wenn dies den Betroffenen zuzumuten und ohne größere Aufwendungen möglich ist; behördlich genehmigte Anlagen werden hierdurch nicht berührt.

## § 7

(1) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 S. 2 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz).

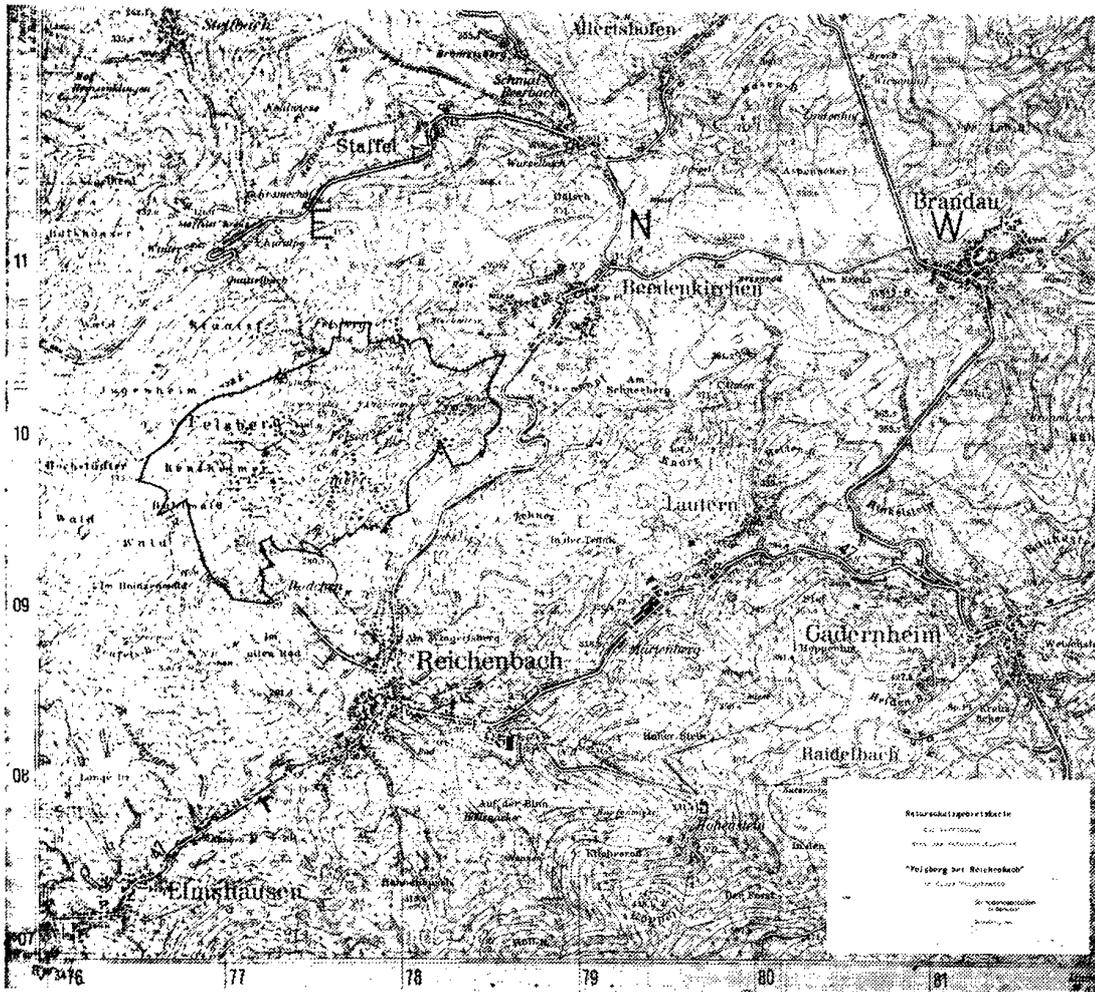
(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben die dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes dienenden Maßnahmen zu dulden.

## § 8

(1) Ausgenommen von den Verboten der §§ 3 und 4 bleiben

1. die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung des Grund und Bodens in Art und Ausmaß zum Zeitpunkt der Unterschutzstellung; darunter fallen jedoch keine Baumaßnahmen (Viehunterstellhütten etc.);
2. die rechtmäßige Ausübung der Jagd;
3. die dem Schutz und der Erhaltung des Gebietes dienenden Maßnahmen;
4. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen.

(2) Ausgenommen von den Verboten des § 4 Nr. 1 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Regulierung des Bestandes an Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus- und Feldsperlingen sowie von Haustauben in verwildertem Zustand dienen. Unberührt hiervon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2.3 und 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).



**Naturschutzgebietskarte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg bei Reichenbach“ im Kreis Bergstraße**

§ 9

(1) Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt kann auf Antrag nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in besonderen Fällen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen, in den Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 3 allerdings nur für solche Betriebe, die bereits im Abbau befindliche Lagerstätten besitzen.

(2) Die Ausnahmegenehmigungen können mit Auflagen verbunden sowie unter Vorbehalt des Widerrufs und befristet oder unter auflösenden Bedingungen erteilt werden. Zur Erfüllung der Auflagen können Sicherheitsleistungen gefordert werden.

(3) Die Ausnahmegenehmigungen ersetzen nicht nach anderen Vorschriften etwa erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 10

(1) Wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 9 vorsätzlich in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vornimmt, wird nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, soweit die Zuwiderhandlungen nicht nach anderen Vorschriften mit schwerer Strafe bedroht sind.

(2) Wer die in Absatz 1 genannten mit Strafe bedrohten Veränderungen fahrlässig vornimmt bzw. vorsätzlich oder fahrlässig der in § 7 Abs. 1 genannten Meldepflicht nicht nachkommt, handelt ordnungswidrig nach § 21 a Abs. 1 des Reichs-

naturschutzgesetzes bzw. nach § 15 Nr. 1 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz.

(3) Wer ohne Ausnahmegenehmigung nach § 9 den Vorschriften des § 4 zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig nach § 21 a Abs. 3 des Reichsnaturschutzgesetzes.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Naturschutzbehörde (§ 21 a Abs. 4 des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 11

Nach § 22 des Reichsnaturschutzgesetzes können Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach § 21 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 a bezieht, eingezogen werden. § 40 a des Strafgesetzbuches und § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.

§ 12

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 12. 7. 1972

**Der Regierungspräsident  
— höhere Naturschutzbehörde —  
VII/9 — 46 d 04/01 B 2  
gez. Dr. Wierscher**

657

### Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

##### „§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),

„Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),

„Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),

„Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),

„Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),

„Taubensemd“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),

„Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),

„Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),

„Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),

„Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),

„Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),

„Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),

„Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),

„Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),

„Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),

„Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),

„Am Rauhensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),

„Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),

„Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),

„Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),

„Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),

„Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),

„See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),

„Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),

„Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),

„Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),

„Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),

„Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

##### „§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),

„Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),

„Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),

„Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),

„Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),

„Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),

„Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),

„Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),

„Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),

„Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),

„Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),

„Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),

„Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),

„Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

##### „§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

#### Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

#### Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

#### § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-